

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/73

Bad Godesberg, den 18 April 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1	<u>Ein guter Zeuge</u>	21

Dank an Außenminister Georges Brown

1	<u>Vernünftig</u>	20
---	-------------------	----

Stillhalteabkommen im Schulstreit in Nordrhein-Westfalen

2 - 3	<u>Ulbrichts Eskalation in die Härte</u>	64
-------	--	----

Von Dr. Erhard Eckert, 2 2 Berlin

Bitte beachten Sie unsere neue Anschrift !
532 Bad Godesberg, Kölnerstraße 108-112, Vorwärtshaus
Telefon: 76617 / 76618 - Telex: NVVD 0885603

SELBSTBESTIMMUNG UND EINGLIEDERUNG bringt heute:

Mitsprecher der vom Schicksal Geschlagenen
Die Isolierung Deutschlands durchbrechen
Menschen ohne Menschenrechte
SPD und BfV in Franken
Zur Aufnahme von Spätaussiedlern bereit
Posthume Ehre für Werzel Jaksch

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 • Telefon: Geschäftsführung 21801/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 8886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markeffel

Ein guter Zeuge

Dank an Außenminister Georges Brown

sp - Großbritanniens Außenminister Georges Brown hat im Unterhaus vor der Weltöffentlichkeit deutlich gemacht, daß die Bedenken der Bundesrepublik gegen die bisher bekanntgewordene Fassung des Atomsperrvertrages keineswegs ein spezifisch deutsches Anliegen sind. Brown hat damit ausgesprochen, was objektive Beobachter der Bundesrepublik schon seit langem wissen. Die Tatsache jedoch, daß er es sagte und damit die Bundesregierung gegen ungerechtfertigte Angriffe in Schutz nahm, ist ein Hinweis auf die gute Zusammenarbeit zwischen London und Bonn. Wir glauben annehmen zu dürfen, daß der britische Außenminister mit seinen Bemerkungen auch auf die Stimmung in jenen Staaten im Osten Europas anspielen wollte, deren Zeitungen zwar lauthals gegen die Bundesrepublik zu Felde ziehen, deren Vertreter am Verhandlungstisch in Genf jedoch ebenfalls bemüht sind, bei Abschluß des Atomsperrvertrages die Entwicklung der Atomenergie zu friedlichen Zwecken in ihren Ländern nicht zu behindern.

Ein guter Freund hat für die Bundesrepublik gesprochen. Georges Brown, der wegen seiner manchmal eigenwilligen Äußerungen bei uns zu Lande gelegentlich kritisiert wird, hat gezeigt, daß er sich nicht beirren läßt, wenn es darum geht, der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen. Dafür sind wir ihm Dank schuldig.

* * *

Vernünftig

Stilhalteabkommen im Schulstreit in Nordrhein-Westfalen

sp - Im Schulstreit von Nordrhein-Westfalen, der die Gemüter erhitzte und ungute Emotionen erweckte, ja, sogar Erinnerungen an unselige Kulturkampfzeiten beschwor, bahnt sich eine Entspannung an. Die Fraktionen des Düsseldorfer Landtages folgten einem Gebot der Vernunft, als sie beschlossen, über die unterschiedlichen Standpunkte zur Schulreform ohne Druck und ohne Prestige Gesichtspunkte weiter zu verhandeln. Beide Seiten suchen nach einem Kompromiß und wollen Kampf Abstimmungen vermeiden. Es gab gewisse Kräfte, denen eine Verschärfung des Schulstreites nicht unwillkommen gewesen wäre. Sie kamen nicht zum Zuge.

Der sozialdemokratische Ministerpräsident Heinz Kühn hat wiederholt seine Bereitschaft bekundet, selbst nach Rom zu fahren, um einen Ausgleich zu finden, der die Interessen der Katholischen Kirche bewahrt und zugleich doch notwendigen Reformen Raum gibt. Die Vereinbarungen der niedersächsischen Landesregierung mit dem Heiligen Stuhl zeigen in etwa die Richtung an, in der Kompromisse möglich wären. Unter Partnern sollte dies möglich sein. Angesichts der schwierigen Wirtschaftslage Nordrhein-Westfalens können sich weder Regierung noch Opposition einen Schulkampf liefern. Größere Probleme stehen in diesem Lande zur Lösung an.

* * *

Ulbrichts Eskalation in die Härte

Von Dr. Erhard Eckert, z. Z. Berlin

Die Politik der Härte, zu der Walter Ulbricht sich in seiner Fünf-Stunden-Rede zur Einleitung und Festlegung des VII. SED-Parteitages hocheskaliert hat, läßt, wenn man - den monotonen Redefluß noch im ermüdeten Ohr - den Text zur Kontrolle nachliest, in der Deutschlandpolitik, so scheint, kaum noch Manövrierraum. Der Erste SED-Sekretär wollte in der Ostberliner Seelenbinderhalle, dem Hauptplatz des SED-Aufmarsches, klarmachen, daß es vom 17. April 1967 an nur noch e i n e Beziehungsregelung zwischen der "sozialistischen DDR" und der "kapitalistischen Bundesrepublik" gäbe: Das Nebeneinander zweier getrennter deutscher Staaten, deren Regierungschefs in offiziellen Verhandlungen einen modus vivendi zu finden hätten. Die deutsche Frage ist damit für Ulbricht fürs erste, aber auch für eine nicht absehbare Zeit "gelöst". Die Wiedervereinigung ist für ihn nur noch ein Problem, das eines fernen Tages von zwei sozialistischen, lies kommunistischen, Staaten geregelt werden müßte.

Die Welt, oder was sie dafür halten, stellt sich in den Köpfen der DDR-Kommunisten erstaunlich und beklemmend einfach dar. Ulbrichts Rede und jede Diskussion mit potenten SED-Funktionären pressen die Deutschland- und damit die Europafrage in einen Plan, von dem sie glauben, daß er so ablaufen wird, wie er sich in ihren Konzepten darbietet. Die SED-Führung ist hochfahrend geworden. Der internationale West-Ost-Zwangstrend drängt zur Entspannung. Der ehemals von Westen betriebene Kalte Krieg und eine - besieht man sich das jetzt bei Licht - schier endlose Kette von manchmal kaum glaublichen Fehlern früherer Bundesregierungen haben diese Ostberliner Euphorie geradezu hochgezüchtet. Die großen und bedenklichen Schwierigkeiten in der westdeutschen Wirtschaft haben diesen Geisteszustand nur noch gefördert und ihm eine ökonomische Basis verschafft. Die Stützung der Ostberliner Politik durch die UdSSR und durch Polen sowie die Freundschafts- und Beistandspakte lassen das Ganze in triumphale Bahnen gleiten. Walter Ulbrichts Monsterappell an de Gaulle, Wilson, Saragat, Kekkonen und König Gustav von Schweden kann als erstaun-

lich treffsicherer Beweis für diese Deutung gelten.

Ulbricht scheint überzeugt zu sein, er habe die Bundesrepublik überrundet. Damit ist für ihn der Augenblick gekommen, sie mit Hilfe einer dem kältesten Westkrieger getreulich abgeschauten Politik der Härte in die Ecke und damit in die Isolierung treiben zu können. Diese Ulbricht-Doktrin wird als das probateste Mittel angesehen, den verhaßt beneideten deutschen "kapitalistischen Staat" mit Unterstützung der Welt zur Anerkennung der DDR zu zwingen. Damit hätte sich der Plan erfüllt, das Mahziel verwirklicht.

Zweifellos ist der 17. April 1967 ein anderes politisches Datum als die Jahre, in denen frühere Bundesregierungen die sowjetisch besetzte Zone als Manövriertfeld zur Erprobung der Politik der Stärke ansahen. Nur ist die bloße Umkehrung dieser Taktik durch Ulbricht um nichts besser. Die durch Schaden klug und flexibel gewordene Entspannungs- und Friedenssicherungspolitik einer zielbewußt arbeitenden Bundesregierung, wie sie heute von den fortschrittlichen und stabilen Kräften mehrheitlich gestellt und getragen wird, kann durch die Härtepläne einer blindlings eskalierenden DDR-Taktik nicht so einfach ausmanövriert werden, wie Ulbricht sich das für seinen Parteitag ausgedacht hat.

Es gibt genügend nachdenkliche Menschen in Mittelddeutschland, denen die Gefahr klar wird, die sich in einer auf die Ostberliner Übersteigerung verdrossen reagierende Umwelt im Westen und gerade auch im Osten für die DDR zusammenbrauen kann. Es bleibt noch eine erhebliche Zahl von Ansatzpunkten für eine unleirrbbare Entspannungs- und Friedenspolitik der Bundesregierung. Ulbrichts Rede braucht also keine Mauer zu sein, über die Bonn nicht mehr hinwegkäme, ohne zu kapitulieren.

Der 17. April soll und muß aber das Signal für die guten Köpfe in Bonn gewesen sein, in der großen Auseinandersetzung mit der SED Zug um Zug an Boden zu gewinnen versuchen. Nur e i n e s darf jetzt nicht mehr geschehen: Warten.